

Spangenberg Zeitung.

Wochenblatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Ersteinst

Wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. 20 Pf. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechs-spaltige 8 mm hohe (Bett-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindliche für Wagh, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkassafonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

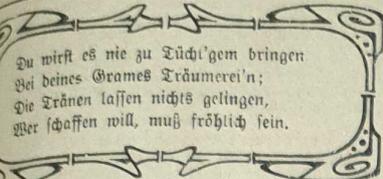
Annahmgebühr für Offerten und Anstunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 98.

Donnerstag, den 20. August 1925.

18. Jahrgang.



Du wirst es nie zu Tüdel'gem bringen
Bei deines Grames Träumerei'n;
Die Tränen lassen nichts gelingen,
Wer schaffen will, muß fröhlich sein.

Die kleinen Bernegroße.

Je länger über den Sicherheitspakt verhandelt wird, um so lauter erheben die kleinen Bernegroße ihre Stimmen, voran Polen und Tschechen, ihre Stimme, während sie dabei doch nur als militärische Vasallen überdauert eine Rolle spielen. Die kleine Entente überhaupt seit ihrer Schaffung vor fünf Jahren der Illusion, daß sie berufen sei, im Osten von Europa ein Gegenstück zur großen Entente im Westen zu bilden und besondere Zukunftsaufgaben zu haben. Aber leider diese Kleinstaaten, Tschechoslowakei, Südrußland, Rumänien und dazu Polen an derselben politischen Front, an welcher der habsburgische Kaiserreich gestanden ist, an der Nationalitäten-Zersplitterung und am Nationalitätenhader.

Der Reich-ungarn mußte in Südost-Europa eine Herrschaft spielen, oder es mußte verkümmern. Die letzte Gefahr glaubte es durch das Bündnis mit dem deutschen Reich beschworen zu haben, aber überließ die Notwendigkeit, sich im Verhältnis zu Frankreich durch den Hader in seinem Innern gebierdet, die jede der Nationalitäten die Lasten auf die andere zu verlagern und sie unterdrücken wollte. Die Wiener Regierung hatte die nichtdeutschen Völkervämme viel sehr bevorzugt, und deshalb konnte der Zerfall nicht ausbleiben. Heute will in den kleinen Oststaaten eine Nationalität die übrigen in ihrem Lande, auf die sie sich angewiesen ist, niederhalten, und deshalb können die Dinge nicht gut gehen. Keiner von diesen Staaten wird die Probe einer ersten Krisis ausstehen. Durch Gewalt und Zwang läßt sich keine patriotische Opferwilligkeit erzeugen; die Tschechen und die Ungarn haben nur Haß gefaßt, sie können also nicht als Haß ernten.

Die Tschechen, denen heute auch die alt-ungarische Krönungsstadt Preßburg an der Donau gehört, rechnen auf die zahlreichen Deutschen, die in ihrem Reichet doch die hervorragende Anteiligkeit darstellen, und auf die Ungarn nicht die mindere Minderzahl. Sie rufen ihnen alle Opfer zu, aber sie gewähren ihnen keine Rechte. In Südrußland streiten sich die Serben mit Deutschen, Montenegrinern, Dalmatinern, Moskowitern und Kroaten, und des Nationalitätenkampfes ist wohl am schmerzlichen unter einem Hut zu bringen. Rumänien hat in seinem Gebiet Deutsche (Siebenbürger Sachsen), Bulgaren und Russen. Sehr bunt sieht es in Polen aus, wo neben dem herrschenden Stamme Deutsche, Balten, Russen und Teile von anderen kleinen Völkervämmen zu Hause sind.

Im Augenblick ist das einigende Moment bei allen diesen Staaten in ihrer auswärtigen Politik das deutsche Reich und das Deutschtum, auf deren Hilfe sie glauben sich vergrößern zu können. Sollte ihnen aber gelingen, einen Vorteil gegen uns durch irgendwelche Mittel zu erlangen, so kann man auch gewiß sein, daß damit die Einigkeit zertrümmert sein wird, und daß dann der Kampf um die Beute folgen wird, wie es im Frühjahr 1913 um die Groberungen stattfand, welche die Balkanstaaten der Türkei gegenüber gemacht hatten. Es ist aber nicht anzunehmen, daß irgend einer von diesen Oststaaten nach außen hin aus eigener Kraft große Erfolge erzielen wird, dazu ist, wie gesagt, die Zersplitterung im Innern zu groß, und die Opferwilligkeit zu gering.

Die Verschiedenartigkeit des französischen und deutschen Charakters offenbart sich in den Beziehungen der großen Entente zur kleinen. Die temperamentvollen Franzosen haben die Bildung der kleinen Entente gefördert, um in ihr eine Hilfe für die Verwirklichung ihrer politischen Pläne zu haben. Die kühl abwägenden Engländer stehen den Polen und den kleinen Entente äußerst kühl und abwartend gegenüber, denn sie hegen gerechte Zweifel an der Lebensdauer dieser neuen Staatenbildungen, deren Machtentwürfe überdies in keinem Verhältnis stehen zu dem Nutzen, den sie England bei seiner europäischen Politik gewähren können.

Die Stockholmer Konferenz.

Eröffnung durch den König von Schweden.

Die „Weltkonferenz für praktisches Christentum“ ist am Mittwoch in Stockholm offiziell durch König Gustaf von Schweden im königlichen Schlosse eröffnet worden, nachdem schon vorher Vorberatungen stattgefunden hatten. Nach einführenden Worten von Erzbischof D. Dr. Söderblom richtete der König eine Ansprache an die Konferenz, in der er die Vertreter der alten und der neuen Welt, des orthodoxen und des evangelischen Christentums in der Hauptstadt Schwedens mit großer Freude willkommen hieß. Die Konferenz wolle angeht die brennenden Fragen unserer Zeit Wege zu ihrer glücklichen Lösung suchen, die der gemeinsamen Bemühungen aller besten Kräfte bedürfe.

Ein Begrüßungstelegramm Hindenburgs.

Reichspräsident v. Hindenburg hat anlässlich der Eröffnung folgendes Begrüßungstelegramm an die Konferenz gerichtet:

„Hundert von offiziellen Vertretern der christlichen Kirchen haben sich in diesen Tagen in Stockholm zusammengefunden, um die großen Lebensfragen der Gegenwart nach den Grundgesetzen christlicher Sittlichkeit gemeinsam zu behandeln, die ungeheuren Aufgaben der Weltzustimmung vom Standpunkt des christlichen Bewusstseins aus anzufassen und die schweren Nöte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der Völker im Geiste des Evangeliums zu lindern. Ich begrüße mit herzlichster Freude diese Zusammenkunft als ein besonders wertvolles Glied in der Reihe der vielen Bemühungen, die um den wahren Frieden der Menschheit ringen und hoffe, daß dieser Konferenz für praktisches Christentum zu ihrer großen und wichtigen Arbeit Gottes reichlicher Segen beschieden sei, mögen ihre Beratungen in dem Geiste der Liebe und des Sich-vernehmens der Völker sich vollziehen und möge von ihnen eine Kraft zur inneren Gesundung der Menschheit ausgehen.“

Die Abwehr des Polenfreundes Bursche.

Bei den Vorberhandlungen in Stockholm ist der unruhig bekannte polenfreundliche Generalsuperintendent Bursche aus Warschau unangenehm aufgetreten. Er, der in Polen an der Spitze der fast ausschließlich deutschen lutherischen Kirche steht, konnte es sich nicht verlagern, auch in der schwedischen Hauptstadt gegen seine eigenen Stammesbrüder aufzutreten, indem er erklärte, die nationalen Minderheiten müßten Loyalität gegenüber ihrer neuen Heimat lernen. Er holte sich dabei aber eine scharfe Abwehr durch einen Vertreter der Schweiz und den Generalsuperintendenten W. Lan-Pol.

Keine Reise Dr. Luthers nach Stockholm.

Mit Rücksicht auf die politische Lage ist der Reichskanzler Dr. Luthers verhindert, seine beabsichtigte Reise nach Stockholm, um an der Kirchenkonferenz persönlich teilzunehmen, anzutreten. Die Rede des Herrn Reichskanzlers wird auf der Konferenz verlesen.

Reform des Dienststrafrechts.

Entwurf einer Reichsdienststrafordnung.
Dem Reichstag ist der Entwurf einer Reichsdienststrafordnung nebst Begründung zugegangen. Der Entwurf zerfällt in 12 Teile. Sie behandeln das materielle Dienststrafrecht, das Verhältnis des Dienststrafverfahrens zum gerichtlichen Strafverfahren, die Dienststrafgerichtsverfassung, das Verfahren selbst, die vorläufige Dienststrafhebung, Fristen, Vollstreckung, Kosten sowie Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

Die Begründung

führt u. a. aus:

An den Grundgesetzen des geltenden Dienststrafrechts, soweit sie sich bewährt haben, und weitere Bewahrung derselben, hält der Entwurf nach Möglichkeit fest. Das gilt zunächst vom Grundsatze des sogenannten dienstlichen Ermessens. Am Gegenstand zum Strafverbot, das regelmäßig die Verfolgung eines jeden zur Kenntnis der Behörden gelangenden Deliktes fordert, will das Beamtenstrafrecht im Interesse der ordnungsmäßigen Erfüllung der Staatsaufgaben die Dienstpflicht aufrecht erhalten und die Beamtenstraf für schädigenden Elementen bewahren. Dieser Zweck rechtfertigt es, nicht nur die Eröffnung des Verfahrens in das Ermessen der Verwaltung zu stellen, sondern für auch nach seiner Eröffnung die Befugnis zu geben, von dienststrafrechtlicher Handlung abzusehen, es sei denn, daß in förmlichen Verfahren die Hauptverhandlung bereits beantragen hat.

zung an dem bisherigen Strafensthem ändert der Entwurf nichts. Gleichwohl glaubt er, die Verletzung als Dienststrafe nicht entbehren zu können. Weiter will der Entwurf an der bisher vorgeschriebener Kürzung des Dienstes im Falle der vorläufigen Dienststrafhebung nichts ändern, weil es unbillig scheint, einem Beamten, der seinen Dienst verläßt, und deshalb seine Arbeitskraft anderweitig verwerten kann, seine vollen Bezüge zu belassen.

Schließlich vertritt der Entwurf entgegen der in letzter Zeit abweichenden Rechtsprechung des Reichsdienststrafhofes den Standpunkt, daß die Verletzung eines Beamtenstandesbeamten unmöglich ist. Die Strafe soll hier eine erhöhte Geldstrafe sein.

Schiffsunglück in Amerika.

Tragisches Ende einer Vergnügungsfahrt.

Eine schwere Schiffskatastrophe, bei der zahlreiche Personen getötet und verletzt wurden, hat sich bei einer Vergnügungsfahrt an der atlantischen Küste Amerikas in der Nähe der als Sommerfrische beliebten Hafenstadt Newport auf Rhode Island ereignet. Es wird darüber berichtet:

Auf dem Vergnügungsdampfer „Madinae“, auf dem sich 677 Passagiere, darunter viele Frauen und Kinder befanden, explodierte der Dampfessel. Der ganze mittlere Teil des Schiffes wurde durch die Explosion zerstört. Unter den Passagieren entstand eine Panik. 23 Personen erlitten durch den ausströmenden Dampf tödliche Brandwunden, 75 wurden zum Teil schwer verletzt.

Da sich die Explosion in der Nähe eines Marineübungsplatzes ereignete, konnte das Schiff mit den darauf verbliebenen Passagieren, wenn auch unter großen Anstrengungen, von den in der Nähe befindlichen Kriegsschiffen ans Ufer gebracht werden. Das Schlachtschiff „Wyoming“ sowie eine Reihe von Aufklärungskreuzern und Torpedobootzerstörer wurden durch Funkruf an die Unglücksstätte berufen und beteiligten sich an der Rettung der mit den Wellen ringenden Passagiere.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. August 1925.

— Reichskanzler Dr. Luthers hat an die Witwe des verstorbenen Ministerialdirektors Reichstagsabgeordneten Paul Wusch (Rt.) ein in herzlichsten Worten gehaltenes Beileidschreiben gesandt. Die Leiche Dr. Wuschs wurde von Berlin nach Würzburg überführt.

— Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann richtete an den deutschen Gesandten in Bern, Adolf Wüller, anlässlich seines 60. Geburtstags ein Glückwunschtelegramm.

Die französische Antwortnote zur Sicherheitsfrage befindet sich bereits in Händen des französischen Botschafters in Berlin, um sofort nach Eintreffen der Zustimmungserklärungen von Belgien und Italien der Reichsregierung überreicht zu werden. Die Zustimmung Belgiens ist inzwischen schon in Paris getroffen und Mussolini hat seine Antwort dem französischen Botschafter in Rom übergeben. Die Uebergabe der Note ist unter diesen Umständen bis spätestens Ende der Woche zu erwarten.

Reichspräsident Dr. Luthers hat am Mittwoch in Berlin eingetroffen. Bei seiner Abreise von München hatten sich auf dem Bahnhof u. a. eingefunden: Ministerpräsident Dr. Held, Kultusminister Dr. Witt, weiter der frühere Ministerpräsident Dr. v. Knilling, der Vertreter der Reichsregierung, Gesandter v. Daniel, und die Gesandten von Preußen, Württemberg und Sachsen. Dem scheidenden Reichtum wurden zahlreiche Blumenpenden, darunter von Ministerpräsident Dr. Held, überreicht. Bei der Abfahrt des Zuges begleiteten ihn zahlreiche Hochrufe. Reichtum hat beim Uebergang der bayerischen Grenze in einem Telegramm der bayerischen Staatsregierung erneut den Ausdruck hoher Verehrung mit den wärmsten Wünschen für das Wohl des ganzen bayerischen Volkes übermittelt.

Neuwahlen der Provinziallandtage und Kreistage am 25. Oktober. Da der Entwurf eines Provinziallandtags- und Kreistagsgesetzes vorabzüglich nicht vor Ablauf der Wahlzeit der Abgeordneten (1. November) verabschiedet werden kann, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, daß am Sonntag,

